

KURZ UND KNAPP:

# FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION





**Liebe Leserinnen und Leser,**

**Verbraucherrechte, Freizügigkeit, Datenschutz – in vielen Bereichen, die für unseren Alltag wichtig sind, ist die Europäische Union die Ebene, auf der Entscheidungen getroffen werden.**

**500 Millionen Menschen, 24 Amtssprachen, Kommission, Rat und Parlament: Die Europäische Union (EU) ist groß und vielschichtig und nicht immer sofort zu überschauen. Die vorliegende Broschüre gibt kurze Antworten auf 30 Fragen zur Europäischen Union.**

Das Europe Direct Informationszentrum Berlin in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

**1** Warum wurde die EU gegründet? **2** Welche Länder sind Mitglieder der EU? **3** Welche Gremien gibt es in der EU? **4** Wie werden in der EU Entscheidungen getroffen? **5** Lohnt es sich, zur Europawahl zu gehen? **6** Darf man in Deutschland und Berlin wählen, wenn man die Staatsbürgerschaft eines anderen EU-Landes hat? **7** Welche Möglichkeiten gibt es, andere EU-Bürgerinnen und -Bürger für politische Diskussionen zu treffen? **8** Wie groß ist der Haushalt der EU und woher kommt das Geld? **9** Wie wird das EU-Geld ausgegeben? **10** Warum sind die Ausgaben für den Bereich Landwirtschaft im EU-Haushalt so hoch? **11** Beahlt Deutschland mehr Geld in den EU-Haushalt, als es daraus bekommt? **12** Was bedeutet eigentlich „Binnenmarkt“ und welche Vor- und Nachteile hat er? **13** Welche europäischen Sozialstandards gibt es? **14** Wo erhält man in den Mitgliedsstaaten der EU Sozialleistungen? Welche sind das? **15** Unter welchen Bedingungen wer-

den Sozialleistungen, z. B. das Kindergeld oder die Rente, auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten ausgezahlt? **16** Wofür wird EU-Geld in Berlin ausgegeben? **17** Wer kann an Begegnungsprogrammen innerhalb der EU teilnehmen? **18** Wie wirkt sich die EU sonst noch in Berlin aus? **19** Wie viele Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Staaten leben in Berlin und woher kommen sie? **20** Wer vertritt Berliner Interessen in der EU? **21** Wo kann ich mich in Berlin über die EU informieren? **22** Darf man innerhalb der EU seinen Wohnsitz frei wählen? Darf man in jedem Land der EU arbeiten? **23** Was wird europaweit geregelt? **24** Was sollte noch geregelt werden? **25** Wie stabil ist der Euro? **26** Was ist „Kerneuropa“? **27** Wie geht die EU mit Geflüchteten um? **28** Trägt die EU zu unserer Sicherheit bei? **29** Wie sieht die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU aus? **30** Wie wahrscheinlich ist es, dass es eines Tages „Vereinigte Staaten Europas“ geben wird?

## Warum wurde die EU gegründet?

Die Gründung der EU ist eine Antwort auf die Weltkriege des 20. Jahrhunderts. Ihr Ziel ist vor allem, den **Frieden** unter den Mitgliedsstaaten zu sichern, **Verständnis und Zusammenarbeit** zu fördern und die **demokratische Ordnung** in Europa zu festigen. Dies war schon die Grundidee der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, 1952), die durch die Römischen Verträge von 1957 zur Europäischen Gemeinschaft wurde. Das wichtigste Prinzip der EU ist, dass die Mitgliedsstaaten einige Kompetenzen an die EU abgeben und sie auf europäischer Ebene gemeinsam ausüben („**Supranationalität**“).



## Welche Länder sind Mitglieder der EU?

Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande gründeten die EU 1957 als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Im Laufe der Zeit traten weitere Länder bei:

- 1973 Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
- 1981 Griechenland
- 1986 Portugal und Spanien
- 1995 Finnland, Österreich und Schweden
- 2004 Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern
- 2007 Bulgarien und Rumänien
- 2013 Kroatien

Großbritannien will die EU 2019 verlassen, dann hat diese 27 Mitglieder.



## Welche Gremien gibt es in der EU?

Die EU ist eine Union der Staaten und der Bürgerinnen und Bürger. Die Staaten werden durch den **Rat** vertreten, der aus Ministerinnen und Ministern ihrer Regierungen besteht, die Bürgerinnen und Bürger durch das von ihnen gewählte **Europäische Parlament**. Ein europäisches Gesetz kommt zustande, wenn diese beiden Institutionen zustimmen. Die dritte wichtige Institution ist die **Europäische Kommission**. Diese trägt die Verantwortung für die Umsetzung der EU-Politik. Die politische Grundrichtung wird vom **Europäischen Rat** vorgegeben, der aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten besteht. Über die Auslegung europäischer Gesetze entscheidet der **Europäische Gerichtshof**, über den Euro die **Europäische Zentralbank**.

## Wie werden in der EU Entscheidungen getroffen?

Europäische Gesetze („Richtlinien“ oder „Verordnungen“) müssen von der **Europäischen Kommission** vorgeschlagen und dann sowohl vom **Rat** als auch vom **Europäischen Parlament** beschlossen werden. Im Parlament muss die Mehrheit dafür stimmen, im Rat braucht eine Entscheidung die „doppelte Mehrheit“, das ist die Mehrheit der Mitgliedsstaaten (mindestens 55 Prozent), die auch die Mehrheit der Bevölkerung (mindestens 60 Prozent) vertreten. In der Außen- und in der Steuerpolitik entscheidet der Rat allein. Dem Beitritt eines neuen Mitglieds muss das Parlament zustimmen.

Im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs wird in der Regel einstimmig entschieden, in der Europäischen Kommission mit Mehrheit.





## Lohnt es sich, zur Europawahl zu gehen?

Ja, hier kann man konkret mitbestimmen. Das Parlament kann zwar europäische Gesetze nicht allein beschließen, aber gegen das Parlament kann nicht entschieden werden. Es setzt sich aus Abgeordneten der Mitgliedsstaaten und dort der verschiedenen Parteien zusammen. Auch wählt das Parlament die Präsidentin oder den Präsidenten der Europäischen Kommission. Durch die Stimmabgabe entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Zusammensetzung des Parlaments und damit auch die politische Richtung.



## Darf man in Deutschland und Berlin wählen, wenn man die Staatsbürgerschaft eines anderen EU-Landes hat?

Ja. Bürgerinnen und Bürger aus einem EU-Land, die sich längerfristig in einem anderen EU-Land aufhalten, dort ihren Wohnsitz haben und sich ins Wählerverzeichnis eintragen lassen, dürfen hier an den **Europawahlen** teilnehmen. Sie dürfen sich übrigens auch an **Kommunalwahlen** beteiligen, also ihr unmittelbares Umfeld mitbestimmen. In Berlin bedeutet das: Nichtdeutsche EU-Bürgerinnen und -Bürger sind bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den Bezirksverordnetenversammlungen wahlberechtigt. Das gilt auch für das „passive Wahlrecht“, d. h., sie können sich hier aufstellen und wählen lassen.



## Welche Möglichkeiten gibt es, andere EU-Bürgerinnen und -Bürger für politische Diskussionen zu treffen?

Neben den alltäglichen Möglichkeiten, andere EU-Bürgerinnen und -Bürger kennenzulernen (bei der Arbeit, in der Schule oder Universität, im Club) bieten beispielsweise die Europa-Union (<http://www.europa-union.de>, <http://www.europa-union-berlin.de>), die Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg (JEB-BB: <http://junge-europaeische-bewegung.de>) sowie das Netzwerk Europäische Bewegung (<https://www.netzwerk-ebd.de>) gute Möglichkeiten, Menschen aus anderen EU-Staaten kennenzulernen. Ein Blick auf die Internetseiten dieser überparteilichen Institutionen lohnt sich. Sie laden Interessierte auch gerne zu ihren Veranstaltungen ein.



## Wie groß ist der Haushalt der EU und woher kommt das Geld?

Der Haushalt der EU beträgt 2018 144,7 Milliarden Euro. Das ist das Geld, was in diesem Jahr ausgegeben wird (Zahlungsverpflichtungen). Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen, die nicht im selben Jahr kassenwirksam werden, z. B. für ein Straßenprojekt, dessen Bau sich über mehrere Jahre erstreckt. Zahlungsverpflichtungen und Verpflichtungsermächtigungen beliefen sich 2018 auf 160,1 Milliarden Euro.

Das Geld stammt aus Einnahmen der EU aus Zöllen, aus einem Mehrwertsteueranteil aus allen Mitgliedsstaaten sowie aus direkten Zuweisungen aus den einzelnen Ländern. Wie hoch diese sind, entscheidet der Rat. Dem Haushaltsplan, wie das Geld ausgegeben wird, muss das Europäische Parlament zustimmen.

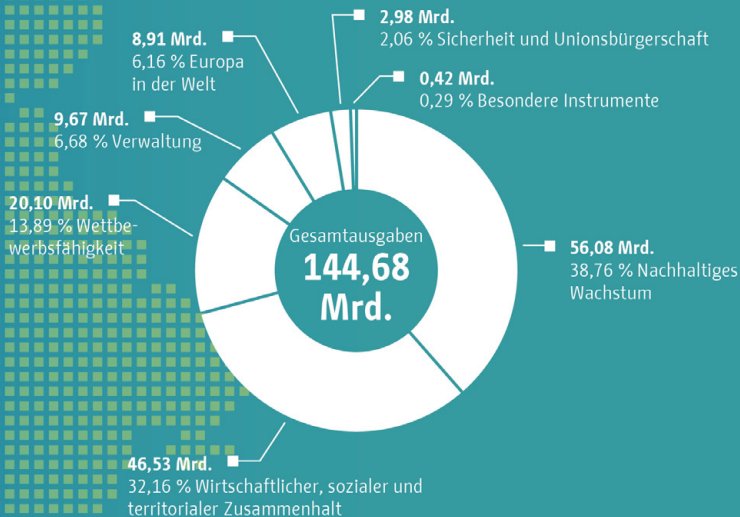


## Wie wird das EU-Geld ausgegeben?

Die beiden größten Posten des EU-Haushalts sind die Ausgaben für die **Strukturpolitik** (wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt) und für die **Landwirtschaft** (nachhaltiges Wachstum). Mit der Strukturpolitik sollen benachteiligte Gebiete oder Regionen mit besonderen Problemen, wie z. B. einer hohen Arbeitslosigkeit, unterstützt werden, damit sie zum EU-Standard aufschließen. Die Ausgaben für die Agrarpolitik dienen der Einkommensgarantie für die Landwirte in der EU, allerdings auch der Pflege und der Entwicklung des ländlichen Raums. Knapp 9 Milliarden Euro werden für **Außen- und Entwicklungspolitik** (Europa in der Welt) ausgegeben. Die **Innere Sicherheit** schlägt mit rund 2 Milliarden Euro zu Buche.

Quelle: [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/EU\\_auf\\_einen\\_Blick/EU\\_Haushalt/2017-11-17-einigung-eu-haushalt-2018.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/EU_auf_einen_Blick/EU_Haushalt/2017-11-17-einigung-eu-haushalt-2018.html)

# EU-Haushalt 2018 – Mittel für Zahlungen in % der Gesamtausgaben und in Milliarden Euro



## Warum sind die Ausgaben für den Bereich Landwirtschaft im EU-Haushalt so hoch?

Die Landwirtschaft war der erste „vergemeinschaftete“ Bereich in europäischer Verantwortung. Sie spielte eine wichtige Rolle für die Mitgliedsstaaten und ist für viele EU-Länder auch heute noch bedeutsam. Allerdings sind die prozentualen Ausgaben für die Landwirtschaft über die Jahre deutlich gesunken. Sie betragen 2018 noch 39 Prozent des Gesamtbudgets. 1970 wurden 90 Prozent des Haushalts für die Landwirtschaft aufgewendet, 2012 waren es noch 42 Prozent.



## Bezahlt Deutschland mehr Geld in den EU-Haushalt, als es daraus bekommt?

Ja. Deutschland ist ein „Nettozahler“, zahlt also in die EU-Kasse mehr ein, als ihm wieder zufließt. In absoluten Zahlen zahlt Deutschland am meisten. Pro Kopf gerechnet zahlen die Schweden etwas mehr in die EU-Kasse ein als die Deutschen. Deutschlands Nettozahlung belief sich 2018 auf rund 10,7 Milliarden Euro, das war weniger als in den Jahren zuvor. Nicht enthalten in der Nettorechnung sind indirekte Vorteile. Wenn ein Land beispielsweise Strukturmittel erhält und die Aufträge an deutsche Unternehmen gehen, profitiert Deutschland indirekt, ohne dass dies in der Statistik deutlich wird. Auch Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, die Niederlande und Österreich sind „Nettozahler“.





## Was bedeutet eigentlich „Binnenmarkt“ und welche Vor- und Nachteile hat er?

Der Europäische Binnenmarkt ist wie der nationale Markt – nur eben für die ganze EU. Jeder kann arbeiten, einkaufen, Dienstleistungen nachfragen oder anbieten und sein Geld anlegen, wo er will. Man spricht von den **„Vier Freiheiten“**: der Freiheit der Waren, der Dienstleistungen, des Kapitals und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Für Unternehmen bietet der größere Markt bessere wirtschaftliche Chancen, für Konsumierende eine größere und günstigere Warenauswahl und für Arbeitskräfte den Vorteil, auch in anderen Ländern arbeiten zu dürfen. Allerdings ist auch die Konkurrenz größer, für Arbeitskräfte genauso wie für die Anbietenden von Waren oder Dienstleistungen.



## Welche europäischen Sozialstandards gibt es?

Die EU ist nicht für alles zuständig, sondern nur für die Bereiche, die die Mitgliedsstaaten ihr zuweisen. Die Sozialpolitik wird weiterhin von den Mitgliedsstaaten verantwortet. Die EU ist hier nur insofern beteiligt, dass sie einige **Mindeststandards** festsetzt. Dazu gehört die maximale wöchentliche Arbeitszeit (in der Regel 48 Stunden), Bestimmungen zur Arbeitssicherheit und das Verbot der Ausgrenzung bestimmter Gruppen. Auch die **Entsenderichtlinie**, die verhindern soll, dass die Löhne in einem Land durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus einem anderen unterlaufen werden, ist hier zu nennen. Die Europäische Kommission möchte die europäische Sozialpolitik stärken und eine soziale Säule der EU schaffen.





## Wo erhält man in den Mitgliedsstaaten der EU Sozialleistungen? Welche sind das?

Grundsätzlich gilt: EU-Ausländerinnen und -Ausländern, die in Deutschland leben und arbeiten, stehen dieselben Sozialleistungen zu wie Deutschen, seien es Kindergeld, Arbeitslosengeld I oder II („Hartz IV“), BAföG oder Wohngeld. Anders sieht es aus, wenn eine Person aus dem EU-Ausland dauerhaft weder eine Ausbildung noch Arbeit hat und diese auch nicht sucht. EU-Ausländerinnen und -Ausländern, die nicht bereits in Deutschland arbeiten oder gearbeitet haben, stehen in den ersten fünf Jahren keine Sozialleistungen zu. Das wurde 2016 beschlossen.

Dieser Personenkreis muss existenzsichernde Unterstützung in seinem Heimatland beantragen. Er hat keinen Anspruch auf Sozialleistungen in Deutschland.



## Unter welchen Bedingungen werden Sozialleistungen, z. B. das Kindergeld oder die Rente, auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten ausgezahlt?

Man muss unterscheiden zwischen **Deutschen, die im Ausland leben**, und Ausländerinnen und Ausländern, die in Deutschland leben, deren Kinder sich aber im Ausland aufhalten.

Deutsche, die im EU-Ausland oder in einigen anderen Staaten leben, aber in Deutschland steuerpflichtig sind, erhalten für ihre Kinder das deutsche Kindergeld.

**Menschen aus dem Ausland, die in Deutschland leben**, erhalten für ihre Kinder auch dann Kindergeld, wenn die Kinder im Ausland (z. B. bei den Großeltern) leben. Es gibt zurzeit eine politische Diskussion darüber, ob das Kindergeld in der Höhe an die Lebensverhältnisse im Ausland angepasst werden soll. Wer in Deutschland einen Rentenanspruch erworben hat, kann die Rente auch im EU-Ausland beziehen.



## Wofür wird EU-Geld in Berlin ausgegeben?

In der Förderperiode 2014 bis 2020 erhält Berlin aus dem **Europäischen Strukturfonds** (EFRE) und dem **Europäischen Sozialfonds** (ESF) 850 Millionen Euro. Hinzu kommt die Unterstützung aus anderen Fonds, vor allem dem Bildungsprogramm „**Erasmus+**“ und dem Forschungsprogramm „**Horizont 2020**“. Mit den Strukturmitteln wurden beispielsweise das Gründerzentrum Adlershof oder das Quartiersmanagement für benachteiligte Stadtgebiete unterstützt. Mittel des Sozialfonds flossen unter anderem in die Qualifizierung von Menschen mit Suchtproblemen oder in Maßnahmen zur Fachkräftesicherung in der Metropolregion Berlin.



## Wer kann an Bildungs- und Begegnungsprogrammen innerhalb der EU teilnehmen?

Die Bildungs- und Begegnungsprogramme der EU richten sich in erster Linie an Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende. Die verschiedenen Programme sind unter dem Namen „**Erasmus+**“ zusammengefasst. Auch Aktivitäten der Erwachsenenbildung werden gefördert. Fast 10 Millionen Menschen waren von 1987 bis Ende 2017 mit Erasmus+ im europäischen Ausland. Davon kommen mehr als 1,2 Millionen aus Deutschland. Für Städtepartnerschaften gibt es ein eigenes Programm, das auch multinationale Aktivitäten von Organisationen unterstützt (**„Europa für Bürgerinnen und Bürger“**). Forschungsaktivitäten von Universitäten aus verschiedenen Ländern werden mit dem Programm **„Horizont 2020“** unterstützt. Nähere Informationen und Beratung kann man bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin erhalten.



## Wie wirkt sich die EU sonst noch in Berlin aus?

Die EU-Förderung, die Berlin zufließt, trägt dazu bei, dass die Stadt die Infrastruktur modernisieren und innovative Vorhaben unterstützen, aber auch soziale Härten abfedern kann. Berlin zieht als Hauptstadt des größten EU-Landes viele Besucherinnen und Besucher an, was Berlin als Tourismusstandort stärkt. Der Binnenmarkt ermöglicht es, dass Unternehmen die kreativsten Köpfe aus der gesamten EU gewinnen und von Berlin aus den gesamten EU-Markt ansprechen können.

Zahlreiche Kulturinstitute anderer EU-Länder bieten die Möglichkeit, sich mit Kunst und Geschichte unserer direkten und indirekten Nachbarn zu beschäftigen.



## Wie viele Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Staaten leben in Berlin und woher kommen sie?

In Berlin leben rund 272.000 nichtdeutsche EU-Bürgerinnen und -Bürger, das ist ungefähr die Hälfte aller Ausländerinnen und Ausländer in der Bundeshauptstadt. Alle 27 Partnerstaaten sind vertreten. Unter den EU-Bürgerinnen und -Bürgern gibt es (Auswahl)

- rund 57.000 aus Polen
- 29.000 aus Italien
- knapp 29.000 aus Bulgarien
- 21.000 aus Rumänien
- über 19.000 aus Frankreich
- 16.000 Britinnen und Briten
- Griechenland und Spanien: jeweils rund 14.000
- 7.000 aus den Niederlanden
- 370 aus Zypern
- 100 Personen aus Malta

Zahlen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg vom 31.12.2017:  
[https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/Stat\\_Berichte/2018/SB\\_A01-05-00\\_2017h02\\_BE.pdf](https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/Stat_Berichte/2018/SB_A01-05-00_2017h02_BE.pdf)



## Wer vertritt Berliner Interessen in der EU?

Der **Bundestag** und die **Bundesregierung** vertreten die Interessen aller Menschen in Deutschland, also auch die der Berlinerinnen und Berliner. Auch der **Bundesrat**, in dem Berlin als Bundesland vertreten ist, hat in europäischen Fragen ein Mitspracherecht. Die Berliner Vertreterinnen und Vertreter achten dort darauf, dass die Interessen Berlins zur Geltung kommen. Berlin ist auch im **Ausschuss der Regionen** der Europäischen Union mit einer Person vertreten. Zur Wahrnehmung Berliner Interessen unterhält Berlin in Brüssel ein **Verbindungsbüro**. Deutschland stellt 96 Abgeordnete im **Europäischen Parlament**, von denen einige aus Berlin kommen. Sie kennen die Stadt und sind für Berliner Belange ansprechbar.



## Wo kann ich mich in Berlin über die EU informieren?

Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland,  
Unter den Linden 78, 10117 Berlin: [https://ec.europa.eu/germany/home\\_de](https://ec.europa.eu/germany/home_de)

Europe Direct Informationszentrum Berlin in der Berliner  
Landeszentrale für politische Bildung, Hardenbergstr. 22-24,  
10623 Berlin:  
[www.edic.berlin](http://www.edic.berlin)

Weitere Anlaufstellen finden Sie auf der Internetseite der  
Senatsverwaltung für Kultur und Europa:  
<http://www.berlin.de/sen/europa/europa-in-berlin/eu-kontakte>

WWW.



## Darf man innerhalb der EU seinen Wohnsitz frei wählen? Darf man in jedem Land der EU arbeiten?

Innerhalb der EU gilt **Freizügigkeit**. Die ist auf jeden Fall gewährt, wenn eine Person in einem anderen EU-Land arbeitet, sei es als Arbeitnehmerin oder als Selbstständiger. Auch wer, ohne berufstätig zu sein, in einem anderen EU-Land leben möchte, kann das tun. Nicht möglich ist allerdings, in ein anderes EU-Land zu ziehen, ohne dort seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Sozialleistungen anderer Staaten erhält nur, wer dort schon länger lebt. In Deutschland beträgt diese Frist fünf Jahre. Wer seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten kann, verliert sein Aufenthaltsrecht.



## Was wird europaweit geregelt?

Die EU kann nur die Kompetenzen wahrnehmen, die ihr zugewiesen werden. So gibt es in der EU Zuständigkeiten, die **nur auf der europäischen Ebene** entschieden werden können (Zoll, Handel, Währung), **geteilte Zuständigkeiten**, in denen sowohl die EU als auch die Staaten Gesetze erlassen können (Binnenmarkt, Landwirtschaftspolitik, Verbraucherschutz, Umwelt, Verkehr, Sicherheit, Recht, Forschung, Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit) sowie **ausschließliche Kompetenzen der Mitgliedsstaaten** (Sozialpolitik, Beschäftigung, Bildung), bei denen die EU nur empfehlen kann. Das Prinzip der **Subsidiarität** legt fest, dass Entscheidungen auf der untersten politischen Ebene getroffen werden sollen, die den Sachverhalt regeln kann.



## Was sollte noch geregelt werden?

Darüber, was die EU noch regeln sollte, gibt es unterschiedliche Meinungen und politischen Streit. Während die einen sagen, die EU müsse mehr Kompetenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Sozial- und Beschäftigungspolitik erhalten, sagen andere, die EU solle im Gegenteil Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten zurückgeben. Während das Argument der einen lautet: „Wir können nur gemeinsam in der globalisierten Welt etwas erreichen“, begründen die anderen ihre Auffassung damit, dass man in den einzelnen Staaten am besten wisse, was gut sei für die Menschen. Entschieden wird über weitere Kompetenzen immer im Einzelfall durch die Mitgliedsstaaten.



## Wie stabil ist der Euro?

Der 1999 eingeführte Euro ist die Währung von derzeit 19 EU-Staaten. Währungen haben eine Binnenstabilität und eine Außenstabilität. Mit **Binnenstabilität** ist gemeint, dass die Preise nicht oder nur sehr wenig steigen (Inflation), mit der **Außenstabilität** ist das Wechselkursverhältnis zu anderen Währungen (US-Dollar, Britisches Pfund) gemeint. In beiderlei Hinsicht ist der Euro sehr stabil. Die „Eurokrise“ der letzten Jahre hatte damit zu tun, dass einige Eurostaaten sich zu stark verschuldet hatten und die anderen ihnen mit Krediten im Rahmen eines europäischen „Rettungsschirms“ helfen mussten. Die Kaufkraft des Euro hat das aber nicht beeinträchtigt.



## Was ist „Kerneuropa“?

„Kerneuropa“ ist eine seit den 1990er Jahren diskutierte Vorstellung einer abgestuften Integration innerhalb der EU. Danach soll es einen inneren Kern von Staaten mit mehr gemeinsamen Verpflichtungen geben und einen weiteren Kreis mit weniger Integration. Die Begründung ist, dass nicht alle EU-Staaten gleichermaßen bereit und in der Lage sind, sich tiefer in die europäische Integration zu begeben. Die anderen sollen dadurch aber nicht gehindert werden, enger zusammenzuarbeiten. In jüngster Zeit werden diese Überlegungen wieder aufgegriffen und als mögliche Lösung aktueller Konflikte diskutiert. Ein konkretes Modell hat bislang niemand vorgelegt.



## Wie geht die EU mit Geflüchteten um?

Viele Menschen kommen aus anderen Teilen der Welt in die EU, um Schutz vor Verfolgung, Krieg oder Armut zu suchen. Den Regeln der EU zufolge ist jener Staat für ihre Aufnahme zuständig, den diese Flüchtlinge zuerst betreten (sog. **Dublin-Abkommen**). Dies sind vor allem die Mittelmeeranrainer Malta, Griechenland, Spanien und Italien. Über die Frage, ob die Geflüchteten auf die ganze EU nach einem festen Schlüssel verteilt werden sollen, gibt es bislang keine Einigkeit. Im Juni 2018 wurde von den Staats- und Regierungschefs ein neuer Versuch unternommen, eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zu entwickeln. Die Geflüchteten sollen in Auffanglagern registriert und später auf die EU-Länder verteilt werden, die bereit sind, diese Menschen aufzunehmen. Den aktuellen Stand der Einigkeit können Sie unter dem folgenden Link einsehen:

[https://ec.europa.eu/commission/news\\_de](https://ec.europa.eu/commission/news_de)





## Trägt die EU zu unserer Sicherheit bei?

Die Herausforderungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sind heute nicht mehr national zu lösen. Das gilt nicht nur für Terrorismus, Cyberkriminalität, Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Drogenhandel. Innerhalb der EU gibt es eine enge polizeiliche Zusammenarbeit („**Europol**“) sowie eine Kooperation der nationalen Justizbehörden („**Eurojust**“). Zur besseren gemeinsamen Terrorabwehr hat die Europäische Kommission im Oktober 2017 eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die in den folgenden 16 Monaten umgesetzt werden sollen. Durch die Datenschutzgrundverordnung, die seit dem 25. Mai 2018 EU-weit gültig ist, wird die Sicherheit der eigenen personenbezogenen Daten erhöht.



## Wie sieht die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU aus?

Die EU verfügt über wichtige Instrumente, außen- und sicherheitspolitisch gemeinsam handeln zu können – auch wenn das wegen Uneinigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten nicht immer geschieht. Die Außenpolitik der EU wird von der Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik geleitet, die mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst quasi über ein eigenes Außenministerium (und Botschaften außerhalb der EU) verfügt. Zur Koordinierung der Sicherheitspolitik (einschließlich militärischer Einsätze) gibt es verschiedene Komitees. 25 der derzeit 28 Mitgliedsstaaten beschlossen 2017, ihre Zusammenarbeit durch eine Europäische Verteidigungsunion zu intensivieren, nicht als Konkurrenz zur NATO, sondern als Ergänzung.



## Wie wahrscheinlich ist es, dass es eines Tages „Vereinigte Staaten Europas“ geben wird?

Die „Vereinigten Staaten von Europa“ sind kein Ziel der EU-Politik, waren aber die Wunschvorstellung von vielen, die die Schrecken der beiden Weltkriege erlebt hatten. Im Augenblick wird politisch intensiv darüber diskutiert, ob und wie man die europäische Integration vertiefen soll. Viele Beobachterinnen und Beobachter sagen, dass dies die einzige Möglichkeit ist, neben anderen Mächten im 21. Jahrhundert zu bestehen. Dabei wird aber daran gedacht, die Mitgliedsstaaten stärker in die EU einzubinden und sie nicht zugunsten eines europäischen Einheitsstaates aufzulösen. Ob dies dennoch eines Tages geschehen wird, ist derzeit nicht vorhersagbar. Pläne oder Verträge hierzu gibt es nicht.



## Mehr Informationen:

### **Website der Europäischen Union:**

[https://europa.eu/european-union/index\\_de](https://europa.eu/european-union/index_de)



### **Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland:**

[https://ec.europa.eu/germany/home\\_de](https://ec.europa.eu/germany/home_de)



### **Europe Direct Informationszentrum Berlin in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung:**

[www.edic.berlin](http://www.edic.berlin)



### **Website der Senatsverwaltung für Kultur und Europa:**

<http://www.berlin.de/sen/europa/europa-in-berlin/eu-kontakte>



**Autor:** Prof. Dr. Eckart Stratenschulte

**Redaktion:** Roland Keiner, Reinhard Fischer, Julia Hasse

Europe Direct Informationszentrum Berlin  
in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin

Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag  
jeweils von 10 bis 18 Uhr

[www.edic.berlin](http://www.edic.berlin)

**Layout/Grafik:** Braun Grafikdesign Berlin

Berlin, Oktober 2018

Die Herausgeberin ist für den Inhalt der aufgeführten  
externen Internetseiten nicht verantwortlich.